

Microsoft-Gründer Gates: Attacken auf den Software-Riesen

COMPUTER

Super Mario gegen Bill

Wie ein Krake dehnt Microsoft sein Software-Monopol aus – und liegt deshalb seit Jahren im Clinch mit der Justiz. Jetzt will die EU den Konzern stoppen. Der Erfolg ist zweifelhaft.

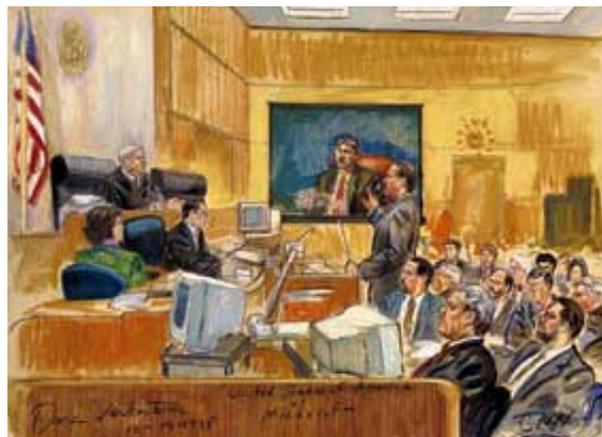
Gespannt warteten die Zuhörer im mondänen Moscone Center in San Francisco am vergangenen Mittwoch auf den Auftritt von Bill Gates, 48. Locker und im lässigen Freizeitlook präsentierte der Multimilliardär auf einem Kongress winzige Taschencomputer mit den neuesten Microsoft-Programmen, wortreich schwärmte er von der glanzvollen Multimedia-Zukunft und der Zusammenarbeit mit anderen Software-Firmen.

Von Stress oder gar Ärger keine Spur – kein einziges Wort verlor der sichtlich gut gelaunte Microsoft-Gründer über die spektakuläre Entscheidung, die EU-Kommissar Mario Monti wenige Stunden zuvor in Brüssel verkündet hatte und die das Heer der Microsoft-Juristen in zunächst helle Aufregung versetzte. Rund 610 Millionen Dollar Strafe, so die am Mittwochmorgen beschlossene Entscheidung der EU-Kommission, soll das größte Software-Unternehmen der Welt „wegen äußerst gravierender Missbrauchshandlungen über einen Zeitraum von fünfeneinhalb Jahren“ zahlen.

Damit nicht genug. „Super Mario“, wie der italienische Wettbewerbskommissar wegen seiner harten Entscheidungen gern genannt wird, will den US-Konzern auch dazu zwingen, sein Geschäftsgebaren zu ändern: Innerhalb von 120 Tagen soll Microsoft der Konkurrenz genaueren Einblick in seine Programmiercodes geben

und schon Ende Juni eine abgespeckte Version seines aktuellen Betriebssystems Windows XP auf den Markt bringen.

Ärger mit Kartellbehörden, Strafandrohungen und Klagen von Konkurrenten gehören für die Microsoft-Juristen zum Tagesgeschäft. Doch so dick wie vergangene Woche kam es lange nicht für den erfolgreichsten Firmengründer der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Nie zuvor hatte die EU eine Geldbuße in dieser Höhe gegen ein Unternehmen verhängt – und das ist noch das kleinste Problem für einen Konzern, der mehr als 50 Milliarden Dollar auf der hohen Kante hat.



US-Prozess gegen Microsoft (1998): Milder Vergleich

Schwerer wiegen die anderen Auflagen. Schließlich hatte noch keine Behörde eine so weit gehende Offenlegung von Betriebsgeheimnissen verlangt, und noch nie hatten Bürokraten versucht, derart massiv in die Produktentwicklung eines Konzerns einzugreifen. „Es wäre eine beängstigende Situation für uns“, lamentierte Microsoft-Vorstandsmitglied Jeff Raikes, „wenn wir uns künftig nicht mehr an den Wünschen der Kunden orientieren könnten.“

Bill Gates schien am Mittwoch von alledem unbeeindruckt zu sein. Der Sohn eines Anwalts aus Seattle, der selbst Experten oft durch seine juristischen Kenntnisse verblüfft, weiß genau, wie langsam die Mühlen der Justiz mahlen – und wie stark die Zeit für ihn arbeitet. „Die Kommission hat gerade das erste Wort gesprochen“, meinte Microsoft-Justiziar Brad Smith, „das letzte Wort werden die Gerichte haben.“ Bis dahin „könnte es 2009 werden“.

Entscheidend werden die nächsten 70 Tage sein. In dieser Zeit muss Microsoft den Europäischen Gerichtshof in erster Instanz davon überzeugen,

dass der Konzern zum Beispiel durch die sofortige Offenlegung von Betriebsgeheimnissen „irreparabel geschädigt“ werden könnte. Gelingt dies – und dafür spricht einiges –, werden die Richter eine einstweilige Verfügung erlassen, mit der Montis Auflagen vorerst auf Eis gelegt werden. Danach beginnt das normale juristische Procedere – mit dem Microsoft mehr Erfahrung hat als wohl jede andere Firma.

Seit 1990 ist der Konzern aus Seattle, mit dessen Be-

triebssystem weltweit mehr als 90 Prozent aller Personalcomputer arbeiten, wegen seiner knallharten Geschäftsmethoden im Visier der Justiz – doch wirklich einschneidende Strafen konnte das Heer der Kläger bislang vor keinem Gericht der Welt durchsetzen.

Ob in den USA, in Japan oder in Europa – immer verliefen die Attacken auf den mächtigen Software-Riesen, der in seiner Rechtsabteilung mehr als 600 Mitarbeiter beschäftigt, nach dem gleichen Schema: Erst melden sich die Ankläger mit vollmundigen Vorwürfen zu Wort und fordern gigantische Strafen. Dann ziehen sich die Prozesse über Jahre hin, und am Ende einigen sich die streitenden Parteien auf einen für Microsoft noch tragbaren Kompromiss, der in der schnelllebigen Computerwelt oft kaum noch von Bedeutung ist.

Beispiel USA: Da verkündete 1997 die damalige Justizministerin Janet Reno, sie habe eindeutige Beweise dafür, dass Microsoft „sein Monopol auf ungesetzliche Weise nutzt, um seine Alleinherrschaft zu verteidigen und zu erweitern“. Solange die Firma ihr Verhalten nicht ändere, solle sie täglich eine Million Dollar Strafe zahlen. Als einige Monate später das Justizministerium und die Generalstaatsanwälte von 20 US-Bundesstaaten eine gemeinsame Antitrust-Klage gegen die Gates-Company einreichten, forderten sie gar die Zerschlagung des Computerkraken, der selbst Geschäftspartner mit Knebelverträgen „im Würgegriff“ halte.

Die geforderte Strafe musste Microsoft nie zahlen. Und obwohl der Mammutprozess einen klaren Schuldspruch für den Angeklagten erbrachte, war von Zerschlagung bald keine Rede mehr. Schließlich konnte der Konzern nach der Wahl von George W. Bush zum Präsidenten sogar noch einen milden Vergleich erzielen. 2002 verließ Microsoft-Chef Steve Ballmer den Gerichtssaal mit ernststen Ermahnungen und der Zusage, geprellte Kunden zu entschädigen – in Kalifornien zum Beispiel mit Gutscheinen zwischen 5 und 29 Dollar.

Seither ist die Hoffnung all jener gesunken, die geglaubt hatten, dem Computergiganten mit juristischen Mitteln beikommen zu können. Und daran ändert auch die harsche Entscheidung der EU-Kommission wenig.

Denn die EU-Richter werden sich demnächst mit fast identischen Problemen herumschlagen müssen wie vor Jahren die US-Justiz. Hier wie dort geht es im Kern um die gleiche heikle Frage: Kann eine Kartellbehörde ein Unternehmen dazu zwingen, auf die Verbesserung seiner Produk-

te zu verzichten, nur weil damit kleinere Konkurrenten in arge Bedrängnis gebracht werden?

Die Methode, mit denen Gates sein Monopol ständig weiter ausdehnt, ist so simpel wie effektiv: Auf jede neue Version des dominanten Betriebssystems Windows, das ursprünglich nur das Zusammenspiel der verschiedenen Hard- und Software-Komponenten des Computers steuern sollte, sattelt Microsoft zusätzliche Funktionen drauf – zum Beispiel das E-Mail-Programm Outlook oder ein Programm zum Brennen von CD-Roms. Diese landen dann bei jedem Neukauf eines PCs ohne Zusatzkosten beim Konsumenten, und so gebiert ein Monopol fast automatisch das nächste.

Für die Kunden ist das praktisch: Sie sparen Geld, müssen sich nicht mit schlecht zueinander passenden Programmen herumärgern und können beim Datenaus-

tausch die Domäne der 1994 von Rob Glaser gegründeten US-Firma Real Networks. Doch seit auch Gates die Bedeutung eines Media-Players erkannt und ein eigenes Abspielprogramm fest in Windows integriert hat, gehen Glasers Geschäfte schlecht. Inzwischen ist der Marktanteil des Real-Players auf 20 Prozent abgesackt, Apples Multimedia-Player Quicktime verwendet gar nur noch jeder zehnte PC-Nutzer.

Der nächste Konflikt ist schon programmiert: 2006, wenn der zurzeit noch unter dem Codenamen „Longhorn“ laufende Nachfolger für Windows XP auf den Markt kommt, soll das Betriebssystem nämlich auch eine spezielle Software für die Suche im World Wide Web enthalten sowie einen erweiterten Schutz gegen Computerviren. Und dann könnte es eng werden für Spezialisten wie Google oder McAfee.

Gates kann nichts Schlimmes an seiner Geschäftspolitik erkennen. Wenn der „Nutzen für die Verbraucher weniger Gewicht hat als die Klagen von einer Hand voll Konkurrenten“, hatte er vor Gericht argumentiert, dann hätte die Autoindustrie niemals Radios oder Navigationssysteme in ihre Fahrzeuge einbauen können.

Am Ende meinten auch die US-Richter, dass durch solche Beschränkungen „der Fortschritt behindert“ würde. Ausdrücklich erlaubten sie deshalb die weitere Ausweitung der Windows-Funktionalität.

Doch EU-Wettbewerbskommissar Monti sieht das anders. Er ermittelt seit 1998 gegen Microsoft und glaubt, dass „beherrschende Unternehmen eine besondere Verantwortung haben, die zu einem Geschäftsgebaren verpflichtet, das echten Wettbewerb zulässt“. Monti will deshalb

Microsoft dazu zwingen, in Europa auch eine Windows-Version ohne Media-Player zu verkaufen. Dann könnten sich die Kunden ihre Software selbst zusammenstellen und unterlägen nicht dem „Diktat von Microsoft“. Denn das führe dazu, dass die Verbraucher „letztlich weniger Auswahl haben und höhere Preise zahlen müssen“.

Mag sein. Vorerst zumindest hätten die Verbraucher mehr davon profitiert, wenn Monti auf den Vergleichsvorschlag von Microsoft eingegangen wäre.

Um die EU-Entscheidung abzuwenden, wollte Microsoft-Chef Ballmer nämlich dafür sorgen, dass jeder Windows-PC neben dem hauseigenen Media-Player auch mit drei Konkurrenzprodukten ausgeliefert würde. Eine Milliarde Konkurrenz-Player wären so in den nächsten drei Jahren verteilt worden. Ballmer: „Dann hätten die Verbraucher wirklich wählen können.“

KLAUS-PETER KERBUSK



EU-Wettbewerbskommissar Monti

„Äußerst gravierende Missbrauchshandlungen“

tausch darauf vertrauen, dass der Empfänger die gleiche Software benutzt. Kleineren Firmen jedoch, die solche Anwendungsprogramme zuvor entwickelt hatten, geht bei dieser Expansionspolitik des PC-Monopolisten die Luft aus.

In Amerika war der Zankapfel der Internet-Browser. Als Microsoft den 1995 fest in sein Betriebssystem Windows integrierte, sank der Marktanteil des bis dahin weltweit führenden Browser-Herstellers Netscape rapide. Am Ende war die vom Internet-Pionier Marc Andreessen gegründete Firma, deren Browser weniger als zehn Prozent aller Surfer nutzen, nicht mehr lebensfähig und wurde von AOL geschluckt.

Jetzt geht es um den Media-Player – eine Software, mit der Musikstücke, Videoclips und Filme abgespielt werden. Das war

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers **SPIEGEL ONLINE**